



Presseschau vom 14.12.2021

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: **Junge bittet Putin um Fahrt mit T-90-Panzer – Militär antwortet im Namen von Väterchen Frost**

Zum neuen Jahr sollen alle Wünsche in Erfüllung gehen. Dafür kann sogar das russische Verteidigungsministerium sorgen: Ein kleiner Junge wandte sich an Wladimir Putin mit der Bitte, einen T-90-Panzer zu fahren. Das Militär erklärte sich bereit, dies zu ermöglichen. ... <https://kurz.rt.com/2r3h>

de.rt.com: **Strompreis in Deutschland erreicht weiteres Allzeithoch**

Es kommt nicht wirklich überraschend: Der Strompreis erreicht zu Wochenbeginn ein neues Allzeithoch. Dabei spielen jedoch politische Entscheidungen die Hauptrolle: Eine einseitige Geopolitik, die Bekämpfung des Klimawandels und die Auswirkungen der Corona-Krise samt einer forcierten Digitalisierung fordern ihren Preis. <https://kurz.rt.com/2r3d>

Kit Klarenberg: **Erschreckend, aber wahr: US-Geheimdienste können selbst gelöschte Nachrichten heimlich abrufen**

Eine neue Studie alarmiert. Sie zeigt, wie einfach es für amerikanische Sicherheitsdienste und Strafverfolgungsbehörden ist, legale Wege zu umgehen, um über ein Smartphone auf jede Art von vertraulichen Daten der Bürger zuzugreifen. ...

<https://kurz.rt.com/2r31>

Anton Latzo: Mehr Frieden? Die Koalitionsvereinbarung weist in die Gegenrichtung

Die neue Bundesregierung tritt zu einer Zeit ihr Amt an, die von einer eskalierenden internationalen Situation und von einer erneuten Zuspitzung der Situation in Europa gekennzeichnet ist. ...

<https://kurz.rt.com/2r29>

abends/nachts:

snanews.de: Außenminister der Ukraine und Deutschlands erörtern Donbass-Konflikt und Nord Stream 2

Der ukrainische Außenminister, Dmitri Kuleba, und seine neuernannte deutsche Amtskollegin, Annalena Baerbock, haben am Montag in einem Telefongespräch den Donbass-Konflikt und die Situation um die Ostsee-Gaspipeline Nord Stream 2 erörtert. Das teilte das ukrainische Außenamt in Kiew nach dem Telefonat mit.

„Der ukrainische Chefdiplomat informierte (Baerbock) über die aktuelle Sicherheitslage entlang der Staatsgrenze und auf den zeitweise okkupierten Territorien der Ukraine.“

Kuleba habe ferner die Treue der Ukraine zur politisch-diplomatischen Beilegung des Konflikts im Donbass bekräftigt und die Aufmerksamkeit der Gesprächspartnerin auf die „große Bedeutung von Sicherheitsfragen zur Erfüllung des politischen Teils der Minsker Abkommen“ gelenkt.

„Wir wissen hoch zu schätzen, dass im Koalitionsvertrag der neuen Regierung Deutschlands der Wiederherstellung des Friedens in unserem Staat besondere Aufmerksamkeit gewidmet wurde“, zitierte das Außenamt seinen Chef.

Der Minister plädierte für eine „effiziente Arbeit des Normandie-Formats als eines wichtigen Verhandlungsstandortes“ und bedankte sich bei Deutschland, das „sich gemeinsam mit Frankreich darum bemüht, Russland an den Verhandlungstisch zurückzubringen“.

Baerbock zufolge wird Deutschland die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine unbeirrt unterstützen und zur Kooperation im Normandie-Format bereit sein, um die Verhandlungen voranzubringen.

Die beiden Minister waren sich darin überein, dass für die Gaspipeline Nord Stream 2 das europäische Energiegesetz gelten solle. Besprochen wurden auch Schritte zur Festigung der Energiesicherheit der Ukraine und Europas. Kuleba und Baerbock einigten sich darauf, die Kooperation bei der Erschließung alternativer Energiequellen, bei Produktion und Transport von Wasserstoff sowie im Handel und im Investitionsbereich auszubauen.

Anschließend lud Kuleba seine Amtskollegin zu einem Besuch in die Ukraine ein.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0c/0d/4681612_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_e89cd526a61aac2b3609331e7bbc418e.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Bericht: Nordkorea und USA bereit für Friedensabkommen**

Offiziell wurde der Koreakrieg, der von 1950 bis 1953 wütete, nie mit einem Friedensvertrag beendet. Zu sehr wichen die Friedensbedingungen beider Seiten voneinander ab. Doch jetzt kommt offenbar Bewegung in die Angelegenheit.

Die USA, Nordkorea und China haben ihre Bereitschaft signalisiert, ein Friedensabkommen zu schließen, das den blutigen Koreakrieg von 1950 bis 1953 offiziell beenden würde.

Südkoreas Präsident Moon Jae-in verkündete die Nachricht am Montag auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem australischen Premierminister Scott Morrison in Canberra. Er äußerte sich vorsichtig optimistisch, dass eine offizielle Erklärung über das Ende des Krieges die Normalisierung der Beziehungen zwischen Nord- und Südkorea vorantreiben könnte.

Offizielle Vertreter in Pjöngjang hatten jedoch Anfang September deutlich gemacht, dass jegliche Friedensgespräche davon abhingen, dass die USA zunächst ihre "feindliche Politik" gegenüber Nordkorea aufgeben. Nordkorea lehnt unter anderem die Präsenz von US-Truppen in Südkorea, die regelmäßigen gemeinsamen Militärübungen und die Sanktionen, die gegen den Norden wegen seines Raketen- und Atomprogramms verhängt wurden, ab.

In seiner Rede am Montag bestätigte Präsident Moon, dass Nordkorea diese Punkte weiterhin als Voraussetzung für Friedensgespräche ansieht. Die USA wiederum beharren darauf, dass Pjöngjang sein Atomwaffenprogramm aufgeben muss, bevor die Sanktionen aufgehoben werden können. Moon räumte ein, dass die Konfliktparteien derzeit "nicht in der Lage sind, sich zu einer Diskussion oder Verhandlung über die Erklärung zusammzusetzen".

Im Oktober räumte der Nationale Sicherheitsberater von Präsident Joe Biden, Jake Sullivan, ein, dass Washington und Seoul zwar "grundsätzlich übereinstimmen, was den Kern der strategischen Initiative angeht", aber beide Verbündete hätten möglicherweise immer noch "etwas unterschiedliche Auffassungen über die genaue Abfolge, den Zeitpunkt oder die Bedingungen für verschiedene Schritte".

Wie südkoreanische Medien unter Berufung auf diplomatische Quellen berichteten, sagte China, das den Norden im Krieg von 1950 bis 1953 unterstützte, zu, die Bemühungen um Frieden auf der koreanischen Halbinsel zu unterstützen.

Moon, der seit 2017 Präsident Südkoreas ist, versprach zu Beginn seiner Amtszeit, "alles in seiner Macht Stehende zu tun", um einen dauerhaften Frieden zwischen dem Süden und dem Norden zu erreichen, die sich technisch gesehen seit den frühen 1950er Jahren im Krieg befinden.

Der Krieg, der fast fünf Millionen Menschenleben forderte, brach am 25. Juni 1950 aus, als kommunistische Kräfte aus dem Norden in den Süden eindrangen. Eine von den USA angeführte Koalition griff ein und half, die eindringenden Truppen des Nordens bis fast vor die chinesische Grenze zurückzudrängen, woraufhin China der kommunistischen Seite zu Hilfe kam, wobei auch die Sowjetunion erhebliche technische Unterstützung leistete. Die Kriegsparteien befanden sich schließlich in einer Patt-Situation. Im Juli 1953 wurde ein Waffenstillstand unterzeichnet.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b7272a48fbef7a0b10039d.JPG>

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 13. Dezember 2021 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Wladimir Putin: Zerfall der Sowjetunion ist eine Tragödie**

Der Zusammenbruch der Sowjetunion war eine Tragödie und bedeutete den Zerfall eines historischen Russlands, das über 1.000 Jahre hinweg aufgebaut worden war. Dies sagte der russische Präsident Wladimir Putin in einer neuen Doku des russischen TV-Senders Rossija 1. Im Dokumentarfilm "Russland. Jüngste Geschichte", der am Sonntag im russischen Fernsehsender Rossija 1 ausgestrahlt wurde, bedauerte Wladimir Putin den Zerfall der Sowjetunion im Jahr 1991. Auf eine Frage zu seiner persönlichen Wahrnehmung dieses Ereignisses sagte Putin:

"Es war eine Tragödie, genauso wie für die große Mehrheit der Bürger des Landes. Denn was ist der Zusammenbruch der UdSSR? Es ist der Zusammenbruch des historischen Russlands unter dem Namen Sowjetunion."

Der russische Staatschef erinnerte daran, dass Moskau infolge der Auflösung der UdSSR die Kontrolle über 40 Prozent seines früheren Territoriums und ungefähr genauso viel an seiner Produktionskapazität und Bevölkerung verloren hatte. Putin fügte hinzu:

"Wir haben uns in ein völlig anderes Land verwandelt. Und was über 1.000 Jahre hinweg aufgebaut worden war, ging weitgehend verloren."

Der Präsident betonte, dass sich mit dem Zerfall der Sowjetunion "25 Millionen Russen über Nacht im Ausland wiederfanden, in den Republiken der ehemaligen UdSSR, die ihre Unabhängigkeit und Souveränität erlangt haben". Während dies für die Ex-Republiken wahrscheinlich eine positive Wendung gewesen sei, seien andere Menschen dadurch in die Enge und gegen ihren Willen ins Ausland vertrieben worden, meinte Putin. Er ergänzte: "Es war unmöglich für sie, zurückzukehren und mit ihren Verwandten wieder vereint zu werden. Es gab weder Arbeits- noch Wohnplätze. Dies ist eine große humanitäre Tragödie, ohne jegliche Übertreibung."

Im Laufe seiner Präsidentschaft hat Wladimir Putin bereits wiederholt sein Bedauern über den Zerfall der Sowjetunion geäußert. Seine bekannteste Aussage dazu machte der russische Präsident während seiner Rede zur Lage der Nation vor der Föderalen Versammlung im Jahr 2005, als er die Auflösung der UdSSR als die "größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts" bezeichnete.



<https://cdn.rtt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b79bbdb480cc25cc7378c6.jpg>

de.rtt.com: **"Besorgnis über Russland": US-Präsident begrüßt Finnlands Kauf von US-Kampffjets**

US-Präsident Biden hat erklärt, dass Finnlands Entscheidung für den Kauf von US-Kampffjets den Weg für engere militärische Beziehungen in den kommenden Jahren ebnen werde. Er hob hervor, dass er die "Sorgen" über Russland mit seinem Amtskollegen in Helsinki teile.

In einem Gespräch mit dem finnischen Präsidenten Sauli Niinistö am Montag lobte US-Präsident Joe Biden die Entscheidung Finnlands, 64 Kampffjets vom US-Rüstungskonzern Lockheed Martin zu kaufen, um die alternden amerikanischen F/A-18-Kampffjets zu ersetzen. Biden bezeichnete den Kauf als "eine starke Grundlage für noch engere bilaterale Verteidigungsbeziehungen in den kommenden Jahren".

Die beiden Staatsoberhäupter "erörterten auch ihre gemeinsame Besorgnis über Russlands destabilisierende militärische Aufrüstung entlang der ukrainischen Grenze und die Bedeutung der transatlantischen Bemühungen zur Deeskalation der Situation", so das Weiße Haus.

In Helsinki hieß es, das Hauptthema des Gesprächs sei "die besorgniserregende Situation an den Grenzen der Ukraine" gewesen. Beide Präsidenten "halten es für wichtig, zusammenzuarbeiten, um eine diplomatische Lösung für die angespannte Situation zu finden".

Niinistö sagte auch, dass er die Politik der Offenen Tür der NATO schätze, verlor jedoch kein Wort über den Kauf der F-35-Jets. Für Dienstag sei ein Telefonat mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin geplant.

Der am Freitag bekannt gegebene F-35-Vertrag hat einen Wert von knapp 8,4 Milliarden Euro und umfasst die Kampffjets sowie ihre Bewaffnung und Wartung bis ins Jahr 2030. Laut dem Kommandeur der finnischen Luftwaffe Pasi Jokinen wird Finnland voraussichtlich im Jahr 2027 mit der schrittweisen Indienststellung der Jets beginnen.

Lockheed Martin setzte sich im Wettbewerb gegen Boeing, das französische Unternehmen Dassault sowie das Eurofighter-Konsortium und das schwedische Unternehmen Saab durch. Verteidigungsminister Antti Kaikkonen betonte, dass "alle beteiligten Länder sehr enge und geschätzte Partner Finnlands sind".

Finnland ist das zweite neutrale europäische Land, das sich für den problembehafteten und teuren US-Jet entschieden hat, den selbst das Pentagon noch im Februar als einen Fehlschlag bezeichnete. Im Juni kündigte die Schweiz den Kauf von 36 Kampfflugzeugen vom Typ F-35A im Wert von 6,35 Milliarden US-Dollar an.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b844aa48fbef158245fdff.JPG>

Lug-info.com: In der LVR sind am 14. Dezember um 9:00 Uhr 21.071 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.
508 Personen sind derzeit erkrankt, 17.550 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.
Seit Beginn der Pandemie gibt es 3013 Todesfälle.

snanews.de: **US-Regierungssprecherin zu Ukraine-Konflikt: Washington erwägt Entsendung von Truppen nach Europa**

Aufgrund der wachsenden Besorgnis des Westens über einen möglichen Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine ziehen die USA laut der Pressesprecherin des Weißen Hauses, Jen Psaki, die Entsendung von US-Truppen nach Europa in Erwägung.

Im Zuge eines Briefings am Montag kündigte Psaki an, dass die Vereinigten Staaten gegebenenfalls ihre Truppen in Osteuropa stationieren würden.

Dabei verwies die Sprecherin auf die Ereignisse im Jahr 2014, als sich der Ukraine-Konflikt mit Russland um die Halbinsel Krim entfacht hatte. Damals hätten viele Nato-Partnerländer um Unterstützung und eine Erhöhung der Militärpräsenz gebeten.

„Und das wird natürlich zur Diskussion stehen, sollte sich Russland für eine Invasion in die Ukraine entscheiden“, erklärte Psaki. ...



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/09/14/3651432_0:169:3073:1897_1920x0_80_0_0_42d865fcd6d5f4f3dcc48b5902fde2c.jpg

de.rt.com: **Telefongespräch zwischen Putin und Johnson: Russland will Garantien für Ende der NATO-Osterweiterung**

Angesichts der angespannten Lage in der Ukrainekrise hat der russische Staatschef Wladimir

Putin in einem Telefonat mit dem britischen Premierminister Boris Johnson nochmals betont, dass Russland verbindliche Garantien für die Beendigung der NATO-Osterweiterung fordert. Am Montag hat ein Telefongespräch zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und dem britischen Premierminister Boris Johnson stattgefunden. Angesichts der angespannten Lage in der Ostukraine und den damit verbundenen Spannungen zwischen Russland und den westlichen Staaten besprachen die Staatschefs die angebliche Bedrohung des Nachbarstaats durch Russland einerseits sowie die NATO-Osterweiterung andererseits. Johnson zeigte sich in dem Gespräch über den angeblichen Aufmarsch russischer Truppen an der Grenze zur Ukraine besorgt. Daraufhin legte Putin die Einschätzung Russlands über die Situation im Konflikt im Donbass dar:

"Kiew spitzt die Lage an der Kontaktlinie absichtlich zu und setzt die durch die Minsker Abkommen verbotenen schweren Waffen und Kampfdrohnen ein."

Moskau besteht darauf, dass die Stationierung von NATO-Waffen eine Bedrohung für Russland darstellt. In diesem Zusammenhang sprach sich der russische Präsident erneut für die Ausarbeitung von rechtsverbindlichen Garantien aus, die der NATO-Osterweiterung ein Ende setzen sollen. Russland will ein Verbot der Stationierung von Waffen der Nordallianz in der Ukraine und in weiteren Nachbarstaaten erreichen.

Am 7. Dezember hatte eine Videokonferenz zwischen Putin und US-Präsident Joe Biden stattgefunden. Hauptthema des virtuellen Treffens war die Ukrainekrise. Biden drohte Russland im Fall einer Eskalation in der Ostukraine mit harten Konsequenzen.

Seit Monaten bezichtigen Kiew und die westlichen Staaten Moskau der Absicht, den Nachbarstaat anzugreifen zu wollen. Unterdessen zeigt sich Russland über die Manöver von US- und NATO-Kriegsschiffen im Schwarzen Meer besorgt und vermutet seinerseits provokative Absichten dahinter. In diesem Zusammenhang befürchtet Moskau mögliche Vorbereitungen Kiews für eine groß angelegte Offensive gegen die selbst ernannten Republiken Donezk und Lugansk.

Das Weiße Haus machte deutlich, dass es keine "roten Linien" in Bezug auf die Erweiterung der NATO akzeptieren wird.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b84aabb480cc4e596dc5d6.jpg>

Mzdnr.ru: Am 13. Dezember wurden in der DVR 1858 Tests auf Coronavirusinfektion durchgeführt, davon waren 500 positiv, bei 108 Patienten wurde die Diagnose Covid-19 klinisch gestellt.

In den letzten 24 Stunden wurden 55 Fälle von Lungenentzündung entdeckt, 21 mehr als am vorangegangenen Tag. Davon wurden 18 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt sind 1237 Personen mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 789 mit Sauerstoffunterstützung (+18 in den letzten 24 Stunden).

Am 14. Dezember um 9:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 114.769 Fälle von

Coronavirusinfektionen registriert.
3891 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 102.076 als gesund entlassen, es gibt 8802 Todesfälle.

snews.de: **US-Drohnenangriff auf Zivilisten in Kabul: Pentagon sieht von Strafe für Verantwortliche ab**

Das Pentagon wird die an dem US-Drohnenangriff vom 29. August beteiligten Soldaten nicht zur Verantwortung ziehen. Bei dem Angriff auf ein Auto in Kabul wurden zehn Menschen getötet, darunter sieben Kinder.

Das Verteidigungsministerium habe bei einer Sonderermittlung zu dem Angriff keine Gesetzesverstöße festgestellt, berichtet die New York Times (NYT) am Montag.

Der Sprecher des Verteidigungsministeriums John F. Kirby äußerte sich zu dem Beschluss gegenüber der NYT. Demnach geht die Entscheidung, die verantwortlichen Soldaten nicht zu belangen, auf zwei hochrangige Militärs zurück – nämlich auf General Kenneth McKenzie, dem Leiter des Zentralkommandos der US-Streitkräfte, und General Richard Clark, dem Leiter des US-Spezialeinsatzkommandos (SOCOM). Die Generäle hätten kein Fehlverhalten in den Handlungen des Militärs in Afghanistan gesehen. Der US-Verteidigungsminister, Lloyd Austin, bekräftigte die Entscheidung, keine disziplinarischen Maßnahmen einzuleiten.

John F. Kirby erklärte gegenüber der NYT: „Was wir gesehen haben war ein Zusammenbruch im Prozess, in der Ausführung und bei Prozeduren und nicht das Ergebnis von Fahrlässigkeit, nicht das Ergebnis von Fehlverhalten, nicht das Ergebnis von schlechter Führung.“

„Ich sehe somit keine persönliche Rechenschaftspflicht in Bezug auf den Luftangriff vom 29. August“, betonte der Pressesprecher.

General Kenneth McKenzie hatte im September zugegeben, dass der letzte Drohnenangriff vor Abzug der US-Truppen aus Afghanistan „ein tragischer Fehler, der Zivilisten das Leben kostete“, gewesen sei. Zuvor hatten die USA die Notwendigkeit des Angriffes durch eine angebliche Vereitlung eines Selbstmordattentates des Islamischen Staates (IS) gerechtfertigt. Die Luftangriffe der Vereinigten Staaten in ihrem „Krieg gegen den Terror“ fordern immer mehr zivile Opfer. Im Krieg gegen Feinde wie Al-Qaida und dem IS, hat das US-Militär hunderte, wenn nicht sogar mehr Zivilisten getötet. So bekannten sich die USA zum Beispiel zu 1410 Zivilisten, die zwischen 2014 und 2020 im Irak und in Syrien durch US-Truppen getötet worden waren. Die gemeinnützige Organisation Airways, die die Zahl von Zivilopfern bei militärischen Einsätzen dokumentiert, gibt rund 8300 Menschenopfer an.



https://cdn1.snews.de/img/07e5/09/03/3457263_0:160:3073:1888_1920x0_80_0_0_154ea39c3b45c6dfea34b9fe49344a33.jpg

deu.belta.by: **Bedarf der Flüchtlingskinder an Bildungsangeboten wird im TLZ untersucht**

Fachleute untersuchen heute im TLZ den Bedarf der Flüchtlingskinder an Bildungsangeboten.

Heute ist der 37. Tag für die Flüchtlinge an der Grenze. Sie befinden sich in einem Aufnahmезentrum im Transport- und Logistikzentrum „Bruzgi“. Unter den Flüchtlingen befinden sich auch viele Kinder. Heute untersuchen Fachleute, darunter erfahrene Schulpsychologen aus Grodno, die für die Betreuung von Kindern in Krisensituationen geschult sind, sowie UNICEF-Vertreter den Bedarf der Kinder an Bildungsangeboten. "Eine unserer Aufgaben ist es, Aktivitäten für die Kinder zu organisieren. Wir versuchen auch festzustellen, welche Kinder psychologische Hilfe benötigen. In Anbetracht der Situation, in der sie sind, können die Kinder Unheimlichkeitsgefühle empfinden", sagte Irina Kazhuro, Direktorin des Regionalen Sozialpädagogischen Zentrums in Grodno. Die Fachleute haben den Kindern und ihren Eltern angeboten, einen Fragebogen auszufüllen. Aufgrund der Ergebnisse wird entschieden, für welche Aktivitäten Bedarf bestehen könnte.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1639472367_59214_big.jpg

nachmittags:

snanews.de: **Das sind keine „Spielchen“: Klitschko bittet Deutschland um militärische Unterstützung für Ukraine**

Der frühere Boxweltmeister und aktuelle Bürgermeister von Kiew Vitali Klitschko hat die Bundesregierung dazu aufgerufen, sich dem Ernst der Lage in der Ukraine bewusst zu werden und das Land militärisch zu unterstützen. Zudem erklärte er sich bereit, im Falle einer russischen Invasion für sein „Mutterland“ zu kämpfen.

In einem Gastbeitrag für die „Bild“-Zeitung sagte Klitschko, dass man auf das Schlimmste gefasst sei. „Wir bereiten uns in der ganzen Ukraine darauf vor, dass Russlands Präsident Wladimir Putin den Kriegsbefehl geben könnte“, so der Kiewer Bürgermeister.

Dies könnte dann zur Folge haben, dass russische Truppen die Ukraine wie 2014 angreifen würden, warnte er.

Er befasst sich gerade nach eigenen Worten mit der Organisation des Zivilschutzes – auch ist eine intensivere Arbeit zur Rekrutierung und Ausbildung von Reservisten eingeleitet worden. Dabei signalisierte er die Bereitschaft, wenn nötig, selbst zur Waffen zu greifen.

„Als Soldat habe ich einst geschworen, das Land zu verteidigen, und bin auch jetzt bereit, für mein Mutterland zu kämpfen“, machte Klitschko deutlich.

Russland, erklärte der Kiewer Bürgermeister weiter, habe an der Grenze zur Ukraine in den vergangenen Wochen zehntausende Soldaten zusammengezogen. Laut Klitschko gibt es verschiedene Szenarien, wie die russische Armee die Ukraine angreifen könnte – vorbereitet sein müsse man aber auf „alle“.

Ukraine braucht „internationale Unterstützung“

Deutschland müsse mit Blick auf die Stationierung der russischen Truppen verstehen, dass die

Lage in der Ukraine „sehr, sehr ernst“ sei und, dass das Land „mehr denn je“ internationale Unterstützung benötige, so Klitschko.

Dabei wies er die Behauptungen einiger Politiker, wonach Putin nicht angreifen würde und dies „nur Drohungen und Spielchen“ seien, entschieden zurück und erinnerte sich in diesem Zusammenhang an die Diskussionen, „die vor der Invasion 2014 stattfanden“. Auch damals hätten fast alle internationalen Beobachter dies für unmöglich gehalten.

In diesem Zusammenhang appellierte er an die neue Bundesregierung und bat um Unterstützung sowie um militärische Hilfe für sein Land. Klitschko wolle nämlich nicht glauben, dass Deutschland die Entscheidung der Nato über die Lieferung von Verteidigungswaffen an die Ukraine nicht gebilligt habe.

Die neue Bundesregierung müsse, fuhr der Politiker fort, verstehen, dass Hilfe für die im Herzen Europas und an der Grenze zu mehreren EU-Ländern liegende Ukraine „noch nie so wichtig“ gewesen sei.

„Wir wollen keinen Krieg, wir wollen Frieden. Wir werden nicht zulassen, dass Russland uns in das Sowjetimperium zurückführt, in dem die Menschen in der Ukraine nicht sein wollen“, erklärte Klitschko.

2014 war Klitschko im dritten Anlauf zum Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt Kiew gewählt worden. 2006 und 2008 hatte er jeweils die Abstimmung verloren. ...



https://cdn1.snaneews.de/img/07e5/08/16/3322427_0:164:3058:1884_1920x0_80_0_0_592530840836d6970753364a3f62159b.jpg

de.rt.com: **Unredliche Vermischung von Klima- und Sicherheitspolitik – Russland lehnt UN-Resolution ab**

Russland hat Veto gegen einen Resolutionsentwurf im UN-Sicherheitsrat eingelegt, der den Klimawandel mit Bedrohungen der Sicherheitslage in Verbindung bringt. Laut dem russischen Botschafter liefert das Dokument einen gefährlich Ansatz für künftige Konflikte. Deutschland kritisierte Russland für die Ablehnung.

Am Montag stimmte der UN-Sicherheitsrat über einen Resolutionsentwurf ab, der von den nicht-ständigen Mitgliedern Irland und Niger eingebracht wurde. Der von über 100 Staaten mitgetragene Vorschlag forderte den UN-Generalsekretär auf, klimabedingte Risiken zu einem "zentralen Bestandteil" von Konfliktpräventionen zu machen. Dabei sollen "Informationen über die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels" einbezogen werden, damit der Rat "etwaige Konfliktursachen oder Risikomultiplikatoren gebührend berücksichtigen kann".

Der Entwurf wurde zwar von der Mehrheit der Mitglieder des UN-Sicherheitsrats unterstützt – Russland legte jedoch Veto ein, während China sich der Stimme enthielt. Von den nicht-ständigen Mitgliedern war Indien das einzige Land, das gegen den Entwurf stimmte. In den drei Ländern leben insgesamt fast 40 Prozent der Weltbevölkerung.

Wassili Nebensja, der ständige Vertreter Russlands in der Organisation, begründete die Entscheidung zum Veto damit, dass das Dokument eine extrem einseitige Sichtweise der Konfliktbewältigung auferlegt und es dem UN-Sicherheitsrat ermöglicht hätte, jedes beliebige Land unter dem Deckmantel der Klimaproblematik auf die Tagesordnung zu setzen. Während der Sitzung erklärte er:

"Wir lehnen die Schaffung eines neuen Zweiges in der Arbeit des Rates ab, der eine allgemeine und automatische Verbindung zwischen dem Klimawandel und der internationalen Sicherheit herstellt und ein wissenschaftliches und sozioökonomisches Thema in ein politisches verwandelt."

Das vorgeschlagene Dokument zwingt den Rat dazu, "Konflikte und Bedrohungen des internationalen Friedens und der Sicherheit eindimensional, also durch die Klima-Brille, zu betrachten", so die russische UN-Mission in einer separaten Erklärung. Darin hieß es weiter:

"Wir erkennen das Spektrum komplexer und miteinander verflochtener Herausforderungen an, darunter die Auswirkungen des Klimawandels, Naturkatastrophen, Armut, schlechte lokale Regierungen, die zumeist in der kolonialen Vergangenheit verwurzelt sind, und die Bedrohung durch den Terrorismus, die für einige Länder und Regionen eine untragbare Belastung darstellt. All diese Situationen haben ihre eigenen spezifischen Merkmale."

Die Mission stellte zudem fest, dass der Entwurf tatsächlich nicht so breit unterstützt wurde, wie seine Befürworter es darzustellen versuchten. Die Verfasser hätten das Dokument durchgedrückt, ohne die Bereitschaft, die Ursachen der Herausforderungen zu erörtern, mit denen "gefährdete Länder" konfrontiert sind. Die Vertretung betonte:

"Als verantwortungsbewusstes Mitglied der Vereinten Nationen und ihres Sicherheitsrates teilen die Russische Föderation, Indien und China eine solche von den westlichen Nationen auferlegte Vorgehensweise nicht."

Irland hat bereits seinen Unmut über das Scheitern des Resolutionsentwurfs geäußert. Die Mission des Landes bei den Vereinten Nationen bezeichnete das Vetorecht der ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat als "ein veraltetes Instrument einer überholten Herangehensweise". Der irische Außenminister Simon Coveney erklärte:

"Eine historische Chance, den Klimawandel als Konfliktursache anzuerkennen, wurde vorerst durch ein Veto verhindert. Aber der Konsens der internationalen Meinung ist mehr als deutlich."

Die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock hat Russland wegen der Ablehnung kritisiert. Das Thema Klimakrise gehöre in den UN-Sicherheitsrat, weil es "absolute sicherheitsrelevante Auswirkungen hat und als Treiber gerade in den Regionen wirkt, die ohnehin schon fragil sind", sagte sie am Rande einer Abrüstungskonferenz in Stockholm. Deutschland werde das Thema mit aller Kraft in den unterschiedlichsten internationalen Formaten ganz oben auf der Tagesordnung halten, kündigte Baerbock an.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b87413b480cc4da3428ae3.JPG>

de.rt.com: **Russland: Mit nicht anerkannten Stoffen Geimpfte können nach Antikörpertest Impfschein erhalten**

Während sich westliche Staaten nach wie vor damit schwertun, Impfstoffe von anderen Staaten wie Russland, China und Kuba zuzulassen, hat Moskau eine Möglichkeit geschaffen, die es Personen, die mit nicht anerkannten Stoffen geimpft wurden, ermöglicht, Impfnachweise zu erhalten.

Dmitri Peskow, der Sprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin, hat erklärt, dass die Ausstellung von Impfbescheinigungen für Personen, die mit ausländischen Impfstoffen gegen das Coronavirus geimpft wurden, das Vorhandensein von Antikörpern gegen COVID-19 berücksichtige, aber keine Anerkennung der ausländischen Impfstoffe darstelle. Daher werde gleichzeitig an der gegenseitigen Anerkennung von Impfstoffen mit anderen Ländern gearbeitet, wie Peskow vor Journalisten erklärte.

Er sagte:

"Es handelt sich dabei eher um die Anerkennung des Vorhandenseins von Antikörpern und nicht um die Anerkennung westlicher Impfstoffe. Allerdings wird auch in dieser Richtung weitergearbeitet."

Der Kreml-Vertreter antwortete damit auf die Frage, ob Moskau Garantien dafür habe, dass andere Länder ähnliche Entscheidungen in Bezug auf die mit russischen Impfstoffen Geimpften treffen werden, was Peskow verneinen musste:

"Dies bedeutet keineswegs, dass in westlichen Ländern ähnliche Entscheidungen getroffen werden. Die Arbeit an der gegenseitigen Anerkennung von Impfungen geht weiter, und wir hoffen, dass es mit der Zeit zu einem positiven Ergebnis kommen wird."

Putins Pressesprecher merkte an, dass im Westen der Grad der Immunität gegen COVID-19 anhand eines objektiven Kriteriums wie die Anzahl der Antikörper "normalerweise nicht gemessen wird".

"Wir sind es, die ein fortschrittlicheres System der Diagnostik haben. Im Westen denkt man, dass es diese Antikörper entweder gibt oder nicht."

Zuvor hatte die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Tatjana Golikowa erklärt, dass diejenigen, die sich mit dem Coronavirus infiziert, aber keine ärztliche Hilfe in Anspruch genommen haben, sich auf Antikörper testen lassen und Zertifikate erhalten können, wenn sie nach dem 1. Januar 2021 erkrankt sind. Darüber hinaus können in Russland lebende Personen, die mit ausländischen Impfstoffen gegen das Coronavirus geimpft wurden, eine Impfbescheinigung für sechs Monate nach einem Test auf Antikörper erhalten.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b88088b480cc1a6b028cb4.jpeg>

armiyadnr.su: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 14.12.2021
In den letzten 24 Stunden wurden keine Verletzungen des Komplexes von
Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feueereinstellung von

Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer der 30. Brigade von den Positionen im Gebiet von Nowoluganskoje aus das Feuer mit automatischen Granatwerfern auf **Bajrak** eröffnet.

Informationen über Schäden an ziviler Infrastruktur werden noch ermittelt.

In Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen haben die Kiewer Besatzer vier Stück **Militärtechnik in vier von der Ukraine kontrollierten Ortschaften stationiert**: aus dem Bestand der 95. Luftsturmbrigade einen Schützenpanzerwagen in der Nähe von Nowokalinowoje sowie einen T-64-Panzer in der Nähe von Polkowje und ein Abwehrgeschütz „Tunguska“ aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade auf dem Gebiet eines Objekts in der Nähe von Andrejewka.

Außerdem wurden an der Eisenbahnstation in Krasnoarmejsk 15 T-80- und fünf T-64-Panzer bemerkt.

Um die Erfassung der Stationierung von verbotenen Waffen der 95. Luftsturmbrigade und der 25. Luftlandebrigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, hat der Gegner eine Station der elektronischen Kriegsführung „Bukowel-AD“ aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen in den Gebieten von Schumy, Konstantinowka und Werchnetorezkoje zu blockieren.

Außerdem haben Kämpfer der 95. Brigade versucht, eine Drohne der OSZE-Mission bei Flügen über den Gebieten von Konstantinowka und Schumy, über die das ukrainische Kommando zuvor informiert worden war, **mit Schusswaffen abzuschießen**. Die Beobachter konnten die Fluggeräte abziehen und ohne Schäden landen.

Beobachter der OSZE stellen immer öfter **Beweise für Kriegsverbrechen ukrainischer Kämpfer** fest.

So wurden am 12. September Fragmente einer RPG-7-Granate, die von ukrainischen Kämpfern von den Positionen der 95. Brigade aus abgefeuert worden war, von einer Patrouille der Mission auf einer allgemeinen Straße am Rand von Gorlowka gefunden, über die täglich zivile Einwohner fahren.

Die Materialien zu diesem Sachverhalt werden an die Vertreter der internationalen Organisationen, die sich der Republik befinden, sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen den Kommandeur der 95. Brigade Wasser hinzuzufügen.

Wir erhalten weiter Informationen über **Vorfälle und Verbrechen unter Beteiligung von Kämpfern der bewaffneten Formationen der Ukraine** während der Feiern des Tages der Bodentruppen.

Am 12. Dezember tagsüber beschlossen zwei Kämpfer des 23. Bataillons der 56. Panzergrenadierbrigade, die in ein Geschäft in Newelskoje fuhren, um Alkohol zu besorgen, die Route abzukürzen, und sie gerieten auf ein nicht gekennzeichnetes Minenfeld, das von ihren Vorgängern aus der 58. Brigade hinterlassen worden war. Infolge der Detonation einer Antipersonenmine starb der Unterfeldwebel Lyssenko an seinen Verletzungen, der Soldat Sawenko erlitt Splitterverletzungen. Es ist bemerkenswert, dass das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ diesen Fall sorgfältig gegenüber der Öffentlichkeit verheimlicht.

Die **geringe Personalausstattung der in der OOS-Zone eingetroffenen Brigaden** zwingt das Kommando der bewaffneten Formationen der Ukraine zu extremen Maßnahmen zu greifen. So hat der Kommandeur der 56. Brigade Sirtschenko, um „Löcher“ in der Verteidigung zu schließen, eigenständig entschieden, auf die ihm anvertrauten Positionen im Gebiet von Karlowka Kämpfer der Bande „Rechter Sektor“ zu lassen. Es muss angemerkt werden, dass die Nationalisten des „Rechten Sektors“ sich frei in der OOS-Zone bewegen, Waffen- und Drogenschmuggel betreiben sowie frei Schusswaffen tragen, ohne dafür

gesetzliche Grundlagen zu haben, weil sie bis jetzt nicht zu einer der militärischen Strukturen der Ukraine gehören. Und das ukrainische Kommando leugnet auf offizieller Ebene in jeglicher Weise das Vorhandensein ungesetzlicher bewaffneter Formationen von Nationalisten in der Konfliktzone.

de.rt.com: **Schockierende Wortwahl: Litauischer Außenminister unterstellt Russland Absichten für "totalen Krieg"**

Die EU scheint immer noch davon auszugehen, dass Russland einen Angriff auf die Ukraine plant. Einige Außenminister tun sich bei dieser Unterstellung besonders hervor. Ganz vorne dabei ist der Litauer Gabrielius Landsbergis, der sich deutlich in der Wortwahl vergriff. Obwohl Moskau immer wieder erklärt hat, dass es keine militärischen Absichten gegenüber der Ukraine hegt, bereitet die EU gemeinsam mit den USA und Großbritannien offenbar mögliche "Vergeltungsmaßnahmen" für den Fall "eines russischen Angriffs auf die Ukraine" vor. Man prüfe, welche Sanktionen in koordinierter Weise verhängt werden könnten und wann und wie, sagte der EU-Außenbeauftragte Josep Borell am Montag am Rande eines EU-Außenministertreffens in Brüssel. Seinen Angaben zufolge geht es dabei vor allem darum, "Russland zu zeigen, dass jegliche Aggression gegen die Ukraine einen hohen Preis hätte". Besonders der litauische Außenminister Gabrielius Landsbergis schürt weiter Kriegsängste und vergriff sich dabei deutlich im Ton. Landsbergis sagte:

"Wir sind davon überzeugt, dass Russland sich tatsächlich auf einen totalen Krieg gegen die Ukraine vorbereitet. Und das ist ein beispielloses Ereignis – wahrscheinlich seit dem Zweiten Weltkrieg."

Das bedeute, dass die Antwort der westlichen Staaten ebenfalls beispiellos sein müsse. Die Formulierung "totaler Krieg" ist seit der Rede von Joseph Goebbels vom 18. Februar 1943 während der Sportpalastrede im Berliner Sportpalast mit dem Vernichtungskrieg der Nazis assoziiert. Der "totale Krieg" der Nazis kostete mindestens 24 Millionen Russen das Leben.

Nicht alle beteiligen sich an Kriegsrhetorik

Auf dem Treffen der Außenminister gab es jedoch auch gemäßigtere Stimmen. "Was wir jetzt wirklich brauchen, ist ein Abrüsten der Worte und der Taten von beiden Seiten", sagte der österreichische Außenminister Alexander Schallenberg. Die Linie, dass man nicht tatenlos zuschauen werde, wenn wieder versucht wird, Grenzen mit Gewalt in Europa zu verschieben, sei klar.

Ähnlich hatte sich auch der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion geäußert. "Wir müssen alles daran setzen, die reale Kriegsgefahr zu mindern und die Spirale von Drohungen und Gegendrohungen zu durchbrechen", sagte Rolf Mützenich gegenüber der Rheinischen Post am Montag. Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn sagte, man könne nicht nur über Sanktionen reden, sondern müsse sich in Verhandlungen einbringen.

Russland weist den Vorwurf von Angriffsplanungen gegen die Ukraine seit Wochen zurück. Moskau bedrohe niemanden, sagte Kremlsprecher Dmitri Peskow in einem am Sonntag im russischen Staatsfernsehen ausgestrahlten Interview. "Das Anheizen der gespannten Nachrichtenlage und so weiter, das wird einmal mehr mit dem Ziel einer weiteren Dämonisierung Russlands gemacht", sagte er. Russland solle so als "Aggressor" dargestellt werden.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b8867648fbef1539119945.jpg>

de.rt.com: **Timoschenko: Ukraine hat schwächste Wirtschaft in Europa – und die Regierung ist schuld daran**

Nach dem Euromaidan verarmt die ukrainische Bevölkerung zusehends. Laut der Oppositionspolitikerin Julia Timoschenko trägt die Regierung die Verantwortung für die derzeitige wirtschaftlichen Lage. Das Land sei vollkommen abhängig von russischen Energieressourcen.

Die ehemalige ukrainische Premierministerin und Oppositionsabgeordnete Julia Timoschenko hat darauf hingewiesen, dass das ukrainische Bruttoinlandsprodukt aktuell das niedrigste in Europa ist. Sie warf der Regierung ihres Landes vor, die anhaltende Energiekrise, die steigenden Preise und die Inflation verursacht zu haben. Laut der Webseite ihrer Partei Allukrainische Vereinigung "Vaterland" erklärte die Politikerin:

"Zum ersten Mal in der Geschichte der Ukraine als unabhängiger Staat befinden wir uns in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt auf dem letzten Platz auf dem europäischen Kontinent. Und Sie alle müssen darüber berichten und die Menschen darüber aufklären."

Die Kritik der ehemaligen Premierministerin an der Regierung ihres Landes könnte jedoch auch mit ihren politischen Ambitionen zu tun haben. Das Bruttoinlandsprodukt ist für die Bewertung des Lebensstandards in Ländern wie der Ukraine kein verlässlicher Wert. In dem Land herrschen vorwiegend Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft, was das genaue Bild von der Einkommensstruktur der Bevölkerung verzerrt. So sind zum Beispiel die Preise für Waren deutlich niedriger als in den entwickelten Volkswirtschaften. Ein genaueres Bild könnte die Kaufkraftparität (KKP) ergeben, die der Ukraine in der Rangliste der Lebensstandards einen besseren Platz sichern würde.

Timoschenko behauptete, die Behörden hätten das Land in die aktuelle Energiekrise geführt, die noch dazu einen starken Anstieg der Preise und der Inflation zur Folge hatte. Sie forderte das Parlament des Landes auf, in dieser Situation zu intervenieren und betonte:

"Ich möchte, dass wir dieses Thema sofort diskutieren, denn es wirkt sich direkt auf das Einkommen einer jeden Familie aus. Und vor diesem Hintergrund gibt es keine Indexierung der Löhne, Renten oder Sozialleistungen."

Bereits im vergangenen Monat hatte die Oppositionspolitikerin den Kiewer Behörden vorgeworfen, die Energiekrise im Land künstlich herbeigeführt zu haben. Die Verantwortlichen hätten es versäumt, eigenes Gas zu fördern, die unterirdischen Speicher der Ukraine rechtzeitig zu füllen sowie das Land ausreichend mit Kohle zu versorgen. Sie führte an, dass die Ukraine dank der Regierung des Landes "praktisch auf die Knie gezwungen wurde" und fügte hinzu, dass Kiew bei der Energieversorgung vollständig von Moskau und Minsk abhängig sei.

Vertreter der Regierung in Kiew haben jedoch wiederholt behauptet, Russland plane, die Ukraine von lebenswichtigen Gaslieferungen und den Mitteln, die sie für den Gastransit von Russland nach Europa erhält, abzuschneiden. Moskau hat diese Behauptungen stets zurückgewiesen und betont, dass es keine derartigen Absichten gebe.

Der Haushalt des Landes für das laufende Jahr wurde mit einem Defizit von 5,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes und einer geschätzten Inflation von 7,3 Prozent verabschiedet, berichtete die Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf den Pressedienst des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij. Jüngsten Erklärungen der ukrainischen Nationalbank zufolge könnte die Gesamtinflation im Jahr 2021 jedoch bis zu zehn Prozent erreichen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2021.12/article/61b8a4aa48fbef158245fe86.jpg>

deu.belta.by: **Schlusspunkt im Fall Tichanowski: Blogger zu 18 Jahren Haft verurteilt**

Blogger Sergej Tichanowski wurde zu 18 Jahren Haft unter verschärften Bedingungen verurteilt. Dieses Urteil hat dem Ex-Präsidentschaftskandidaten das Stadtgericht Gomel heute gefällt.

Nach Ermittlungsinformationen haben der Angeklagte und seine Vertrauten über einen längeren Zeitraum Massenunruhen in Belarus vorbereitet und organisiert. Auf seinem Youtube-Kanal und im Telegram hat der 43.-Jährige offen zur Gewalt gegen die Regierung und Sicherheitskräfte aufgerufen. Mit seinen Statements und Äußerungen hat er in der Gesellschaft nur Hass und Hetze geschürt.

Es liegen Beweise vor, dass der Blogger Verbrechen beging, die als extremistische Tätigkeit charakterisiert werden können. Dem Urteil liegen über 70 Gutachten bei.

Im Mai 2020 hat Tichanowski gegen die Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission Drohungen gerichtet. In demselben Monat hat er und seine Vertrauten in Grodno unter dem Deckmantel der Unterschriftensammlung eine illegale Massenveranstaltung organisiert, die mit groben Ordnungswidrigkeiten, Gewalt gegen die Ordnungshüter und Gehorsamsverweigerung endete.

Seine rechtswidrigen Handlungen führten zu einem Gesamtschaden im Wert von über Br3,5 Millionen. Sein Besitz und seine Geldmittel wurden daher beschlagnahmt. Das abschließende Urteil wurde Sergej Tichanowski nach folgenden Artikeln des Strafgesetzbuches gesprochen: Teil 1 des Art. 293 (Organisation von Massenaufständen), Teil 3 des Art. 130 (Aufstachelung zum sozialen Hass), Teil 2 des Art. 191 (Behinderung der Arbeit der ZWK), Teil 1 des Art. 342 (Organisation von Handlungen, die öffentliche Ordnung stören).

Tichanowskis fünf Mitangeklagte wurden zu Gefängnisstrafen zwischen 14 und 16 Jahren verurteilt.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000022_1639490165_59221_big.jpg

Mil-Inr.su: Pressekonferenz des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR Oberleutnant A.N. Masejkin

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden keine Provokationen von Seiten der ukrainischen Kämpfer** festgestellt. ...

Gestern haben auf Befehl des Kommandeurs der 30. Brigade des Kriegsverbrechers Sinewitsch die diesem unterstellten Kämpfer ein weiteres Mal eine Drohne des Typs Quadrocopter zur Aufklärung von Zielen im Gebiet von Losowoje und für einen darauf folgenden Einsatz von großkalibriger Artillerie eingesetzt. Dank der Wachsamkeit unserer Verteidiger wurden die Leitungs- und Navigationssignale der Drohnen mit Hilfe einer Station der elektronischen Kriegsführung „Triton M1“ blockiert und der sie steuernde Operateur verlor die Kontrolle über sie. Die Drohne wurde zum Landen gezwungen, zurzeit wird nach ihr gesucht.

snanews.de: Haben Bidens Drohungen gegen Moskau gewirkt? Selenski bezweifelt US-Einfluss im Ukraine-Konflikt

Der Präsident der Ukraine, Wladimir Selenski, hat in einem Interview mit der italienischen Zeitung La Repubblica mit Blick auf die Verhandlungen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und seinem US-Amtskollegen Joe Biden zum Ukraine-Konflikt Zweifel geäußert. Ihm zufolge ist Moskau weiterhin auf Konfrontationskurs.

In dem Interview nahm der ukrainische Präsident Stellung zu dem angeblich geplanten Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine. Nach Ansicht Selenskis wird die Drohung des US-Präsidenten Joe Biden, bei einer Invasion Russlands in die Ukraine Sanktionen zu erlassen, Moskau nicht aufhalten.

Selenski kritisierte, dass es nach den Verhandlungen des amerikanischen und des russischen Präsidenten zu „keiner Reduzierung der Truppen an unseren Grenzen“ gekommen sei. „Wenn sich hier etwas ändert, dann kann man behaupten, dass diese Argumente überzeugend sind“, betonte der ukrainische Staatschef.

„Unser Staat hat seinen Teil des sowjetischen Atomarsenals, des drittgrößten Arsenal der Welt, abgegeben, und als Antwort erhielt er, auch von Russland, die Zusicherung, unsere Grenzen und unsere Sicherheit zu respektieren. Das Ganze wurde über den Haufen geworfen. Deshalb ist es erstaunlich, von russischer Seite Forderungen nach Garantien zu hören, wo doch schon so viele Versprechen seitens Russland gebrochen wurden“, sagte der ukrainische Präsident.

Er bemängelte die Forderung Russlands nach einer Garantie des Nichtbeitritts der Ukraine zur

Nato. Der russische Präsident, Wladimir Putin, hatte zuvor Verhandlungen gefordert, um eine völkerrechtliche Vereinbarung zur Nichtausbreitung der Nato nach Osten abzuschließen. Moskau will somit die Stationierung von Waffen in den an Russland angrenzenden Staaten, vor allem in der Ukraine, ausschließen.

Im Februar 2019 hat das ukrainische Parlament eine Verfassungsänderung beschlossen und den Kurs des Landes in die EU und die Nato verankert. Die Ukraine wurde der sechste Staat, der den Status eines Nato-Partners mit erweiterten Möglichkeiten erhielt.

Anfang November hat der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Admiral John Kirby, Russland vorgeworfen, angeblich Truppen an der Grenze zur Ukraine stationiert zu haben. Diesen Anschuldigungen schlossen sich zahlreiche Nato-Mitgliedsstaaten an, wie zum Beispiel Deutschland und Frankreich, sowie der Nato-Chef Jens Stoltenberg. Moskau wies diese Vorwürfe mehrfach zurück.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0b/0d/4308954_0:0:2881:1622_1920x0_80_0_0_99bcde567549c5a6c66cd30624805eac.jpg

snanews.de: **Nahost-Migranten kommen mit Kiews Hilfe an EU-Visa – Russische Außenamtssprecherin**

Laut dem russischen Außenministerium handeln ukrainische Botschafter im Nahen Osten mit ukrainischen Visa und ermöglichen Flüchtlingen somit über einen Zwischenaufenthalt in der Ukraine die Einreise in die EU.

Ob der ukrainische Präsident wisse, wie seine Beamten illegalen Flüchtlingen aus dem Nahen Osten die ukrainische Staatsbürgerschaft verkauften, fragte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, in ihrem Telegram-Account am heutigen Dienstag. „Medien hatten dieser Tage darüber berichtet. Dementis von ukrainischer Seite gab es keine“, schrieb sie.

„Wissen denn auch Kiews westliche Betreuer, wie ukrainische Diplomaten Syrern, die nach Europa ziehen wollen, in der Botschaft im Libanon für 3.000 Euro ein touristisches Visum ausstellen und dabei ‚helfen‘, die syrisch-libanesisische Grenze zu überqueren?“, so Sacharowa weiter.

Ihren Angaben zufolge reisen die Flüchtlinge anschließend in die Ukraine, wo sie mit Unterstützung der Diplomaten innerhalb von drei Monaten einen ukrainischen Pass ausgestellt bekommen, auf dessen Grundlage sie im vereinfachten Verfahren ein Arbeitsvisum für die Europäische Union erhalten. Das Ganze schlage mit „symbolischen 20.000 Dollar“ zu Buche.

Anlass für diese Auseinandersetzung ist ein Gesetzentwurf des ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski, demnach ukrainischen Bürgern verboten werden soll, neben der ukrainischen auch die russische Staatsbürgerschaft zu besitzen. Gleichwohl sollen ukrainische

Bürger, die sich in den Vereinigten Staaten, in Kanada oder in der Europäischen Union niedergelassen haben, ihre ukrainische Staatsbürgerschaft neben der Staatsangehörigkeit eines dieser Länder behalten dürfen. Derzeit sieht das ukrainische Gesetz keine Möglichkeit einer doppelten Staatsangehörigkeit für ukrainische Bürger vor.

Unterdessen hat das ukrainische Parlament ein Gesetz verabschiedet, das ausländischen Bürgern, die an Kampfhandlungen im Donbass teilnahmen, die Annahme der ukrainischen Staatsangehörigkeit erleichtert. Sacharowa dazu: „Die Werchowna Rada hat ihrerseits einen Gesetzentwurf angenommen, der ein vereinfachtes Verfahren zur Vergabe der ukrainischen Staatsbürgerschaft an Ausländer vorsieht, die ‚die nationale Sicherheit und den Schutz der Ukraine sicherstellen‘. Oder diese Menschen haben im Nahen Osten für die Ukraine gekämpft, weshalb ihnen die Bürgerschaft zum Niedrigpreis zusteht.“



https://cdn1.snanews.de/img/07e4/0c/0c/131335_0:0:3009:1694_1920x0_80_0_0_604bbd4df58ddef39169762b3faea074.jpg

snanews.de: **Lawrow beim Telefonat mit Baerbock: „Einfluss nehmen auf Kiew“**

Beim ersten Telefonat der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock mit ihrem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow war die Situation in der Ukraine das Hauptthema. Nach Angaben des Ministeriums in Moskau hat Lawrow die neue Bundesregierung dazu aufgefordert, ihren Einfluss auf Kiew geltend zu machen.

Das Telefonat am heutigen Dienstag sei von der deutschen Seite initiiert worden, heißt es in einer Mitteilung auf der Website des russischen Ministeriums. Außenminister Lawrow habe dabei die Sicherheit Russlands zum Thema gemacht. Es sei um die Notwendigkeit gegangen, Russland rechtlich verbindliche Sicherheitsgarantien zu gewähren: „die Nicht-Ausweitung der Nato in den Osten und das Nicht-Vorrücken der Militärinfrastruktur der Allianz in Richtung der russischen Grenzen“.

Man habe der neuen Leitung des Auswärtigen Amts ausführlich „die Alternativlosigkeit der Minsker Vereinbarungen zur Regulierung der innerukrainischen Krise“ dargelegt und ebenso die Notwendigkeit einer Einflussnahme auf die ukrainische Führung vonseiten der Bundesrepublik als eines Teilnehmerstaates des Normandie-Formats.

Bundesaußenministerin Baerbock twitterte im Anschluss an das Telefonat: „Wollen ehrlichen & offenen Austausch. Territoriale Integrität der Ukraine darf nicht verletzt werden. Brauchen Fortschritte im Normandie-Format.“ Außerdem sei es um die Visafreiheit für junge russische Staatsangehörige und die Zusammenarbeit beim Wasserstoff gegangen.



https://cdn1.snnews.de/img/07e5/03/1f/1517026_0:41:2959:1705_1920x0_80_0_0_820ce1b3775092b00494e771f4b2fb62.jpg

abends:

deu.belta-by: Neues Gesetz sieht strafrechtliche Verantwortung für Aufrufe zu Sanktionen vor

Der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko hat am 14. Dezember ein neues Gesetz „Über die Änderung des Strafgesetzbuches der Republik Belarus“ unterzeichnet, wie der Pressedienst des Staatsoberhauptes mitteilt.

Mit dem neuen Gesetz wird für jeden Aufruf zu Sanktionen gegen die Republik Belarus, ihre Staatsbürger und Organisationen die strafrechtliche Verantwortung eingeführt.

Aufrufe zu Sanktionen werden als kriminelle Handlungen bewertet und mit Freiheitsstrafen geahndet. Wer Sanktionen an belarussische Staatsbürger richtet, muss eine Gefängnisstrafe von bis zu sechs Jahren in Kauf nehmen. Für diejenigen, die sich an ausländische Staaten, internationale und ausländische Organisationen mit Aufrufen zu Sanktionen wenden, sieht das Gesetz 10 Jahre Haftstrafe vor. Sollte ein Beamter von seinen Befugnissen Gebrauch machen und zu Sanktionen aufrufen, die im Endeffekt schwerwiegende Folgen haben, zum Beispiel die Einschränkung des Handels und die Aufnahme von Unternehmen in die Sanktionslisten, drohen diesem Täter bis zu 12 Jahren Gefängnisstrafe.

Die Umsetzung der im Gesetz vorgesehenen Maßnahmen wird als eine angemessene Antwort auf die Versuche destruktiver Kräfte angesehen, die nationale Sicherheit zu beeinträchtigen.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2021/000019_1639494708_59222_big

.jpg